Deutscher Bundestag
2. Wahlperiode
1953

Drucksache 1286

Der Präsident des Bundesrates Bonn, den 18. März 1955

Abschrift

An den
Herrn Bundeskanzler

Ich beehre mich mitzuteilen, daß der Bundesrat in seiner 138. Sitzung am 18. März 1955 anläßlich der

Verabschiedung der Pariser Verträge und Abkommen

die in der Anlage beigefügte Entschließung betreffend Viermächteverhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands gefaßt hat.

gez. **Altmeier**

Bonn, den 18. März 1955

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Vorstehende Abschrift wird mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Altmeier

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, Bulsdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg, Rheinallee 20
Telefon 3551

Betr.: **Viermächteverhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands**

ENTSCHLIESSUNG

Der Bundesrat beschließt in Übereinstimmung mit dem Deutschen Bundestag:

1. Die Einheit Deutschlands als Staat und seine Freiheit zu wahren und mit friedlichen Mitteln zu vollenden, bleibt die vordringliche Aufgabe der deutschen Politik.

2. Der Bundesrat

   a) stellt fest, daß in der Londoner Schlußakte die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik sich verpflichtet haben, die Verwirklichung eines völlig freien und geeinten Deutschlands durch friedliche Mittel als ein grundlegendes Ziel ihrer Politik zu behandeln, und daß die Regierungen von Belgien, Canada, Dänemark, Griechenland, Island, Italien, Luxemburg, der Niederlande, Norwegen, Portugal und der Türkei sich dieser Entschließung angeschlossen haben;

   b) begrüßt es, daß der Europarat in seiner Entschließung vom 8. Dezember 1954 unter den mit friedlichen Mitteln zu lösenden Problemen der europäischen Sicherheit in erster Linie die Wiedervereinigung Deutschlands genannt hat;

   c) hofft, daß Verlautbarungen der Regierung der Sowjetunion die Möglichkeit zu Verhandlungen eröffnen werden mit dem Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier, international kontrollierter Wahlen und eine friedensvertragliche Regelung mit einer aus solchen Wahlen hervorgegangenen frei gewählten Regierung herbeizuführen.

   Das deutsche Volk erwartet, daß die beteiligten Mächte alle Anstrengungen für die Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands machen.

3. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß von einer friedlichen Koexistenz aller Völker und Staaten erst gesprochen werden kann, wenn die historisch gewachsene Einheit dieser Staaten und Völker zuvor sichergestellt, also ihre Spaltung beseitigt ist.

4. Der Bundesrat fordert daher Verhandlungen der vier Mächte mit dem Ziele:

   a) Wahl eines gesamtdeutschen Parlaments in allen Zonen auf der Grundlage eines demokratischen, allgemeinen, freien und gleichen Wahlrechts;

   b) Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung durch das gesamtdeutsche Parlament;

   c) Durchführung der Wiedervereinigung auf der Grundlage einer solchen Verfassung;

   d) alles dies unter internationalem Schutz.

5. Der Bundesrat fordert, es möge so bald wie möglich ein Friedensvertrag mit Deutschland geschlossen werden, der in gleicher Weise für die beteiligten Mächte wie für die in ihren Entschlüssen freie gesamtdeutsche Regierung annehmbar wäre.

6. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland soll, falls die drei Westmächte zusammen oder einzeln mit der Regierung der Sowjetunion Verhandlungen führen, welche die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands berühren, insbesondere bei den unter Nr. 4 genannten Verhandlungen zugezogen werden.

7. Es soll eine ständige Kommission, bestehend aus je einem Vertreter der drei Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland, gebildet werden, deren Aufgabe es ist, alle zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands sich bietenden Gelegenheiten zu erörtern und Vorschläge auszuarbeiten, um aussichtsreiche Verhandlungen vorzubereiten.

8. Die Bundesregierung wird um Durchführung dieser Empfehlung ersucht.